

Postulat Fraktion GB/JA! (Christine Michel/Natalie Imboden, GB): Unterstützung der „0.7%-Kampagne Gemeinsam gegen Armut“ durch die Stadt Bern

Am 7. Juli 2007 wurde auf dem Bundesplatz die Kampagne „0.7%-Gemeinsam gegen Armut“ lanciert, welche auf die Schweizer Regierung den nötigen Druck zur Erreichung der Millenniumsziele ausüben soll. Zentrale Forderung dabei ist die Erhöhung des Entwicklungshilfebudgets auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Die Schweiz unterstützt zwar die Millenniumsziele, die schlimmste Armut und den Hunger bis 2015 zu halbieren, hat sich jedoch nicht den 15 „alten“ EU-Ländern angeschlossen, welche der UNO-Forderung an die Industriestaaten Folge leisten und ihre Entwicklungsausgaben bis 2015 auf 0.7% erhöhen. Stadtpräsident Alexander Tschäppät unterstrich an der Veranstaltung auf dem Bundesplatz, dass es beschämend sei, dass ein so reiches Land wie die Schweiz in Sachen Solidarität unter „ferner liefen“ aufzuführen sei (Bund, 9.7.2007).

Die Stadt Bern leistete in den letzten zwei Jahren zwischen 184'500 Fr. (2006), 207'000 Fr. (2005) und 166'100 Fr. (2004) Beiträge an die Entwicklungshilfe (PG610 P 410, PGB 2008 S. 476-477) und unterstützte damit zwischen 9 und 12 Projekte. Allenfalls wird auch noch ein Teil der Beiträge aus der humanitären Hilfe (P410) für Entwicklungsprojekte eingesetzt, wenn diese nicht für aktuelle Ereignisse (Katastrophen, Kriege) benötigt wird. Werden beide Beträge zusammengezählt, so sehen die Zahlen folgendermassen aus: 214'500 Fr. (2006), 387'500 Fr. (2005), 355'000 Fr. (2004), wobei die relativ hohen Beiträge für humanitäre Hilfe sich im 2005 durch Hilfe für die Hochwasseropfer und im 2004 für die Opfer des Tsunamis erklären.

Aus dem PGB 08 geht nicht hervor, wie viel für diese beiden Kredite eigentlich budgetiert ist. Im 2006 ist jedoch eine deutliche Abnahme zu verzeichnen und für das Jahr 2007 wurden laut PGB als Sparmassnahme für beide Kredite 60'000 Fr. weniger eingesetzt (PGB 07 S. 473).

Wir sind der Meinung, dass auch die Stadt Bern ihren Beitrag zur Erreichung der Millenniumsziele leisten soll und bitten deshalb den Gemeinderat zu prüfen, in welcher Form die Stadt Bern die „0,7%-Kampagne Gemeinsam gegen Armut“ unterstützen kann u.a.

1. durch ihre finanziellen Beiträge an die Entwicklungszusammenarbeit, bei denen von weiteren Sparmassnahmen abzusehen ist
2. durch eine konsequente Auswahl der unterstützten Projekte im Hinblick auf die Millenniumsziele: Sicherung der Lebensgrundlagen, Gleichstellung der Geschlechter, Gesundheit, Bildung und Arbeit, Demokratie und Menschenrechte
3. durch weitere Formen der Unterstützung der Kampagne wie Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen in Verwaltung, Öffentlichkeit, Schulen und durch Medienberichte über die von der Stadt unterstützten Projekte.

Bern, 16. August 2007

Postulat Fraktion GB/JA! (Christine Michel, Natalie Imboden, GB), Karin Gasser, Stephanie Penher, Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden, Hasim Sancar, Franziska Schnyder, Lea Bill, Anne Wegmüller

Antwort des Gemeinderats

Gemäss Konzept des Gemeinderats zur Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe vom 2. Dezember 1998 ist es dem Gemeinderat ein Anliegen, Menschen in Not beizustehen und mitzuwirken bei der Schaffung würdiger Lebensbedingungen auf der Basis von Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Die finanzielle Hilfe soll ohne Rücksicht auf Herkunft und Religion den am stärksten Benachteiligten zukommen.

Der Gemeinderat strebt ausserdem eine alternierende Zusammenarbeit mit verschiedenen Hilfswerken an. Dabei soll der Anteil der Stadt Bern an einem Entwicklungshilfeprojekt substantiell sein. Das bedeutet eine Unterstützung von kleineren und mittleren Projekten mit beschränktem finanziellen Gesamtvolumen. Der Budgetkredit beträgt derzeit Fr. 180 000.00. Davon wird jeweils eine Reserve für kurzfristige Unterstützungen im Rahmen der humanitären Hilfe oder der Katastrophenhilfe zurückgestellt.

Beiträge an Gesuche, die jährlich bis Ende April eingereicht werden müssen, werden nach folgenden Kriterien gesprochen:

- a) Projekte müssen ZEWÖ zertifiziert sein (Zentralauskunftsstelle für Wohlfahrtsunternehmungen)
- b) Projekte, welche bereits in den vergangenen Jahren von der Stadt Bern unterstützt worden sind (Nachhaltigkeit)
- c) Projekte, welche in den nachfolgenden Bereichen ihre Wirkung haben:
 - Mutter- und Kind-Programme
 - Erziehung und Ausbildung
 - Gesundheit und Ernährung
 - Berufliche Einkommensförderung
 - Ökologie und nachhaltige Entwicklung

Es werden jeweils 8 bis 10 Projekte ausgewählt, die je mit ca. Fr. 15 000.00 unterstützt werden, so dass noch eine Reserve in der Grössenordnung zwischen Fr. 30 000.00 und Fr. 60 000.00 für die kurzfristige Unterstützung übrig bleibt. Wird diese Reserve nicht oder nur teilweise benötigt, wird der Restbetrag für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt.

Zu Punkt 1:

Die Stadt Bern wird im bisherigen Rahmen auch weiterhin Hilfsprojekte unterstützen.

Zu Punkt 2:

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Stadt Bern durch die Auswahl der unterstützten Projekte ihren Beitrag im Hinblick auf die Millenniumsziele (Sicherung der Lebensgrundlagen, Gleichstellung der Geschlechter, Gesundheit, Bildung und Arbeit, Demokratie und Menschenrechte) leistet. Der Gemeinderat ist bereit, die beiden Bereiche „Demokratie“ und „Menschenrechte“ neu in die Kriterienliste aufzunehmen.

Zu Punkt 3:

Nach Ansicht des Gemeinderats kann, soll und wird die Stadt mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Kampagne unterstützen. Als geeignete Möglichkeiten sieht der Gemeinderat entsprechende Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen sowie dadurch, dass

diesbezügliche von der Stadt unterstützte Projekte den Medien kommuniziert werden. Die Kampagne wurde lanciert, um auf die Schweizer Regierung den nötigen Druck zur Erreichung der Millenniumsziele auszuüben, und sie fordert die Erhöhung des Entwicklungshilfebudgets des Bunds. Es ist allerdings primär Aufgabe des Bunds, die Kampagne aktiv zu unterstützen.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 23. Januar 2008

Der Gemeinderat